

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration



Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
80524 München

Präsidentin
des Bayer. Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
PI/G-4255-5/424 I
8. August 2019

Unser Zeichen
C5-0016-1-551

München
25.09.2019

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner und Christoph Maier vom 07.08.2019 betreffend Folgen der dauerhaften Missachtung der verfassungsmäßigen Grundordnung: Abkehr von Recht und Gesetz; Ansehensverlust des Staates und notwendiger Schutz staatlicher Organe (Teil 2)

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1.1.: Wie stuft die Staatsregierung die Sicherheitslage in den Gebäuden der Bayerischen Staatsorgane (Landtag, Staatsregierung, Verfassungsgerichtshof) ein?

Das Bayerische Landeskriminalamt wurde im Jahr 2017 vom Polizeipräsidium München um ein differenziertes Gefährdungslagebild für die Bayerische Staatskanzlei, die bayerischen Ministerien, den Bayerischen Landtag etc. gebeten. Dabei wurde festgestellt, dass für alle Staatsorgane grundsätzlich eine abstrakte Gefährdung von unterschiedlicher Intensivität aus den Phänomenbereichen der Politisch Motivierten Kriminalität besteht. Die Sicherheitslage zum Nachteil der Staatsorgane ist nicht besorgniserregend, und die Mitarbeiter der Staatsorgane können sich sicher fühlen.

Zu 1.2.: Plant die Staatsregierung angesichts einer zunehmend unüberschaubar werdenden Sicherheitslage Schutzmaßnahmen für die Gebäude staatlicher Organe (analog zur geplanten Errichtung eines Wassergrabens um den Berliner Reichstag)? (bitte genau erläutern)

Neben der Erstellung eines Gefährdungslagebildes für Staatsorgane hat das Bayerische Landeskriminalamt für diese eine sicherheitstechnische Analyse mit Vorschlägen zur technischen Prävention bzw. Sicherung der Gebäude durchgeführt. Dabei orientieren sich die Vorschläge zur Prävention am Ergebnis der vorgenannten Gefährdungslage. Grundsätzlich ist anzumerken, dass zu jedem Gebäude ein kontrollierter Zugang stattfindet.

Ergänzend werden durch das für die Gebäude der Staatsregierung örtlich zuständige Polizeipräsidium München aufgrund des vorgenannten Gefährdungslagebildes abgestufte Schutzmaßnahmen gem. der entsprechenden Polizeidienstvorschrift (PDV) durchgeführt. Die Staatskanzlei sowie das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration werden rund um die Uhr von Polizeibeamten bewacht. Am Landtag ist die Sonderwache der Polizei von 07:00 Uhr bis 22:00 Uhr besetzt.

Alle anderen betroffenen Gebäude werden zu unterschiedlichen und unregelmäßigen Zeiten bestreift.

Weitere Sicherungsmaßnahmen sind aufgrund der aktuellen Sicherheitslage nicht geplant. Auf Basis einer fortlaufenden Bewertung der Sicherheitslage sind Modifizierungen der Schutzmaßnahmen zu jeder Zeit möglich.

Zu 2.1.: Wie bewertet die Staatsregierung die Sicherheit der Polizeiwachen in Bayern? (bitte auf die aktuelle Sicherheitslage sowie auf die erwarteten Veränderungen in den nächsten fünf Jahren eingehen)

Polizeidienstgebäude sind wegen ihrer Funktion ein potentielles Ziel krimineller und extremistischer Aktionen. Eine abstrakte Gefährdung ist daher anzunehmen. Darüber hinaus können Polizeidienststellen auch ein Angriffsziel für terroristische Anschläge darstellen. Weiterhin besteht auch ein mögliches Gefährdungspotential

durch irrational handelnde oder psychisch gestörte Personen. Polizeidienststellen in Bayern sind durch bauliche und technische Maßnahmen gesichert. Darüber hinaus werden durch die Dienststellen und die örtlich zuständigen Polizeipräsidien fortlaufende Sicherheitsanalysen durchgeführt, um mögliche Schwachstellen zeitnah festzustellen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Sicherheitslage auch hier analog zu den anderen Staatsorganen nicht beunruhigend ist.

Veränderungen und die Entwicklung der Sicherheitslage für die nächsten fünf Jahre lassen sich aufgrund einer Vielzahl von Abhängigkeiten nicht verlässlich prognostizieren. Durch die permanente Lagearbeit kann auf Entwicklungen in diesem Bereich frühzeitig reagiert werden.

Zu 2.2.: Welche gebäudetechnischen Maßnahmen zum Schutz der Polizeiwachen und der darin stationierten Polizeikräfte wurden in den letzten 25 Jahren bereits umgesetzt? (bitte die einzelnen Maßnahmen nach Bezirken nennen und die Gründe für die Verstärkung angeben)

Die Polizeidienststellen werden bereits seit Jahrzehnten nach einheitlichen Planungsgrundsätzen für Polizeibauten gebaut. Ein Kapitel darin befasst sich auch explizit mit den Sicherheitsstandards, die zum Schutz der Mitarbeiter erforderlich sind. Darin ist insbesondere festgelegt, dass die Dienststellen nur über entsprechend gesicherte Eingänge oder Personenschleusen zu betreten sind. Des Weiteren sind die Widerstandswerte der Wände, Türen und auch aller Fenster dahingehend ausgelegt, dass die Dienststellen über einen ausreichenden Schutz gegen ein gewaltsames Eindringen verfügen. Darüber hinaus ist der Kernbereich der Polizeiwache auch gegen Beschuss gesichert.

Da die Dienststellen seit 25 Jahren grundsätzlich über einheitliche gebäudetechnische Standards zum Schutz der Polizeiwachen verfügen, waren somit diesbezüglich auch keine Maßnahmen im Sinne der Schriftlichen Anfrage erforderlich. Selbstverständlich wurden in den letzten Jahren immer wieder Polizeiwachen renoviert und dabei auch abgenutzte oder beschädigte Bauteile erneuert.

Zu 2.3.: Welche Maßnahmen zum Schutz der Polizeiwachen und der darin stationierten Polizeikräfte sieht die Staatsregierung als erforderlich an, um in Zukunft Angriffe von außen abwehren zu können?

Auch in Zukunft werden die unter 2.2. beschriebenen Planungsgrundsätze umgesetzt. Änderungen bei den Sicherheitsstandards fließen bei Renovierungen bzw. Um- oder Neubauten von Polizeidienstgebäuden in die Planungen mit ein. Darüber hinaus wirken die Beschäftigten im Rahmen von Maßnahmen der Eigensicherung an der Aufrechterhaltung der Sicherheit der Dienstgebäude (z. B. auch durch Kontrollgänge) mit.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Eck
Staatssekretär